

*Michael Birnbaum, der Berliner Korrespondent der Washington Post, untersucht das Für und Wider des wachsenden Einflusses der Bundesrepublik Deutschland in Europa.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 193/11 – 28.10.11**

## **In Europa wächst eine neue Angst vor der Macht Deutschlands**

Von Michael Birnbaum

The Washington Post, 23.10.11

( [http://www.washingtonpost.com/world/europe/in-europe-new-fears-of-german-might/2011/10/19/gIQA3baZ7L\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/europe/in-europe-new-fears-of-german-might/2011/10/19/gIQA3baZ7L_story.html) )

BERLIN – Jahrzehntlang war Deutschland nur der Zahlmeister Europas, meldete aber keinen Führungsanspruch an. Weil die Erinnerungen an den Krieg immer noch frisch waren, lehnte es der Kontinent ab, von Deutschland dominiert zu werden – und auch die Deutschen selbst wollten keine dominante Rolle spielen.

Die Wirtschaftskrise hat die Rollenverteilung in Europa aber durcheinander gewirbelt, und Deutschland bestimmt jetzt wieder zunehmend, wo es langgehen soll. Nur die Kanzlerin Angela Merkel hat genug Geld, um den Ländern, die ihre Schulden nicht mehr bezahlen können, aus ihren Schwierigkeiten herauszuhelfen. Der Preis, den Frau Merkel dafür fordert – mehr Kontrolle über die Wirtschaftspolitik dieser Länder [s. [http://www.washingtonpost.com/world/germany-urges-plan-to-aid-banks-in-crisis/2011/10/05/gIQAN2CeNL\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/germany-urges-plan-to-aid-banks-in-crisis/2011/10/05/gIQAN2CeNL_story.html) ] – lässt die Alarmglocken in allen Hauptstädten Europas schrillen.

In Athen haben sich Demonstranten als Nazis verkleidet, um damit auf den alten Herrschaftsanspruch Deutschlands anzuspieren. In Polen wurde Deutschland während des letzten Präsidentschaftswahlkampfes vorgeworfen, imperiale Ambitionen zu haben.

Und obwohl sich führende deutsche Politiker in den letzten Wochen bemüht haben, vor den Sitzungen auf höchster Ebene, die am Sonntag und in den darauffolgenden Tagen in Brüssel stattfinden, die Ängste in den anderen Ländern zu beschwichtigen, klang der Ton manchmal recht herrisch.

"Die Frage, ob das deutsche Modell auch für andere taugt, hat der Markt entschieden," sagte ein Sprecher des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble. "Wir sprechen wirklich nur noch über die Details und das Ausmaß der Maßnahmen, nicht mehr über die Art (der Maßnahmen)."

Mit über 3 Billionen Dollar war das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands 2010 eineinhalb mal so groß wie das seiner größten Rivalen Großbritannien und Frankreich [s. [http://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_L%C3%A4nder\\_nach\\_Bruttoinlandsprodukt](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Bruttoinlandsprodukt) ]. Seine Banken halten viel weniger griechische Staatsanleihen als die Frankreichs und wären deshalb auch nicht so stark von den Auswirkungen eines möglichen griechischen Staatsbankrotts betroffen. Deutschland hat bisher 290 Milliarden für den Euro-Rettungsschirm für Griechenland, Portugal und andere überschuldete Länder zur Verfügung gestellt – bedeutend mehr, als jeder andere Staat in Europa.

Bedenken gegen eine bedeutendere Rolle Deutschlands in Europa gibt es auch innerhalb dieses Staates, und Frau Merkel stehen noch schwierige Debatten über das Ausmaß der finanziellen Belastung bevor, die für andere Länder übernommen werden sollten [s. dazu

auch [http://www.washingtonpost.com/world/europe/german-parliament-approves-bailout-fund/2011/09/29/gIQATrGl6K\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/europe/german-parliament-approves-bailout-fund/2011/09/29/gIQATrGl6K_story.html) ]. Die anderen Staaten der Euro-Zone lassen sich die deutsche Medizin auch nicht so gern verordnen; sie brauchen zwar die Hilfe, fürchten aber die Nebenwirkungen.

"Das ist das Dilemma der Führenden," sagte Joschka Fischer, ein ehemaliger Außenminister, der Merkel aufgefordert hat, mehr zur Rettung des Euro zu tun. "Wenn Deutschland handelt, steigt die Angst vor Deutschlands Dominanz. Wenn Deutschland nicht handelt, steigt die Angst, vor einem Rückzug Deutschlands aus Europa."

### **In die Euro-Zone genötigt**

Nach dem Zweiten Weltkrieg hielt sich die Bundesrepublik Deutschland fast ein halbes Jahrhundert lang aus dem Rampenlicht heraus, begnügte sich damit, eine Industriemacht zu sein und überließ die politische Führung Frankreich, das keine Bedenken haben musste, zur Durchsetzung seiner Ziele auch Gewalt anzuwenden. Wenn die Bundesrepublik Deutschland auf dem (europäischen Kontinent) etwas erreichen wollte, flüsterte sie das ihrem gallischen Nachbarn ins Ohr und ließ es dann als gemeinsamen Vorschlag präsentieren. Die Lage Bonns, der verschlafenen Hauptstadt des westdeutschen Teilstaates, in der Nähe der belgischen Grenze symbolisierte die europäische Orientierung (der Deutschen).

Als 1989 die Berliner Mauer fiel und Deutschland, das lange zwischen den rivalisierenden Blöcken im Osten und im Westen aufgeteilt war, sich wieder vereinen wollte, erhob sich sofort die Angst, dass ein mächtiger Staat im Herzen Europas sich erneut über seine schwächeren Nachbarn erheben könnte. Als Bedingung für die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung forderte der französische Präsident Francois Mitterrand einen hohen Preis: Das wiedervereinigte Deutschland musste seine geliebte stabile Deutsche Mark aufgeben und sich in eine gemeinsame europäische Währung und damit auch in ein enger zusammenrückendes Europa einbinden lassen.

Das funktionierte jahrelang ganz gut. Aber mit der Zeit und durch verschiedene Umstände geriet Deutschland auf den Fahrersitz (der Euro-Zone). Andere kontinentale Mächte wie Frankreich und Italien verloren an Einfluss, während die selbstaufgelegte Zurückhaltung der Deutschen mehr und mehr schwand. Die deutsche Fahne, die auch innerhalb Deutschlands als Symbol des Nationalstolzes lange Zeit verpönt war, flattert jetzt immer häufiger überall im Land.

### **Zur Führung gedrängt**

Bis jetzt hat sich Deutschland mit einem Mittelplatz begnügt [s. [http://www.washingtonpost.com/world/germanys-angela-merkel-key-to-greek-bailout-caught-between-opposing-forces/2011/09/23/gIQAe9nT0K\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/germanys-angela-merkel-key-to-greek-bailout-caught-between-opposing-forces/2011/09/23/gIQAe9nT0K_story.html) ]. Kritiker werfen ihm sogar vor, dass es sich bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme, mit denen Europa seit zwei Jahren kämpft, vor der Führung gedrückt habe. Beim Aufkommen der Krisen in Griechenland, Irland und Portugal hat sich Deutschland geweigert, die Zeche zu zahlen, und es hat auch keine klare Vorstellung davon, wie solche Probleme in Zukunft zu vermeiden wären.

Nach Meinung von Experten kann sich Frau Merkel auf lange Sicht aber nicht von Europa abwenden [s. [http://www.washingtonpost.com/world/despite-debt-troubles-greeks-want-to-keep-the-euro/2011/09/28/gIQAWWE67K\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/despite-debt-troubles-greeks-want-to-keep-the-euro/2011/09/28/gIQAWWE67K_story.html) ], auch wenn sie damit bei vielen deutschen Wählern punkten könnte. Deutschland verdient sein Geld mit Qualitätsprodukten und Industriemaschinen, die es (überwiegend in Europa) verkauft; deshalb hängt sein Erfolg vom Wohlergehen seiner Nachbarn ab. Eine Rezession im übrigen Europa würde auch Deutschland treffen.

Im Kanzleramt reift die Einsicht, dass jetzt die Zeit für große Pläne gekommen ist, und Frau Merkel hat in diesem Monat bereits weitreichende Veränderungen gefordert [weitere Infos dazu s. [http://www.washingtonpost.com/world/germany-urges-plan-to-aid-banks-in-crisis/2011/10/05/gIQAN2CeNL\\_story.html](http://www.washingtonpost.com/world/germany-urges-plan-to-aid-banks-in-crisis/2011/10/05/gIQAN2CeNL_story.html) ], mit denen sie die Wirtschaftspolitik der 17 Staaten der Euro-Zone koordinieren will. Es würde zwar Jahre dauern, bis diese Veränderungen griffen, ein erster Schritt in diese Richtung könnte aber schon am 3. November auf dem G20-Gipfel der führenden Politiker der Welt gemacht werden.

"Deutschland hat bisher immer nur reagiert," sagte Fredrik Erixon, der Kopf des European Centre for International Political Economy, eines Brüsseler Think-Tanks (s. <http://en.wikipedia.org/wiki/ECIPE> ). "Jetzt ist es aber in einer Position, in der es weitgehend diktieren kann, wie sich die anderen Staaten seiner Meinung nach zu verhalten haben, und die müssen das auch mitmachen."

Wenn die anderen führenden Politiker Europas Frau Merkels Vorschläge akzeptieren, wird sich die Euro-Zone wahrscheinlich stärker in die von Deutschland vorgegebene Richtung entwickeln – mit einer möglichst geringen Inflationsrate, geringen Defiziten und strikten Kreditaufnahmebeschränkungen. Frankreich muss wohl diesem Weg mitgehen, weil ihm seine angespannte finanzielle Situation kaum eine andere Wahl lässt.

Viele Wirtschaftswissenschaftler, auch die des Internationalen Währungsfonds, fragen sich allerdings, ob das deutsche Modell wirklich der beste Weg aus der Rezession ist – angesichts der großen Abhängigkeit Deutschlands vom Export. Aus dem Gefühl heraus, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden, sträuben sich den (anderen) Europäern die Nackenhaare. Die Slowakei hat sich erst geweigert, der Aufstockung des Euro-Rettungsschirms zuzustimmen, es unter starkem deutschem Druck dann aber doch getan. Sogar zuverlässige Verbündete wie Österreich beginnen sich zu widersetzen.

"Ich kann es absolut nicht akzeptieren, dass Deutschland und Frankreich Entscheidungen treffen und sie dann dem Rest der Euro-Zone präsentieren," erklärte der österreichische Außenminister Michael Spindelegger letzte Woche im österreichischen Fernsehen. "Es gibt keinen Wirtschaftsausschuss, der diktieren kann. Wir haben eine Euro-Zone mit 17 (selbständigen) Staaten."

In Deutschland haben diese Einwände Stirnrunzeln verursacht.

"Jeder ruft nach Führung," sagte Werner Hoyer, der Staatsminister im Auswärtigen Amt, "aber keiner will geführt werden."

*(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und einem Link in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits vorhanden. Der Autor Michael Birnbaum befindet sich im gleichen Zwiespalt wie die US-Regierung. Solange Frau Merkel Kanzlerin ist und Europa gemeinsam mit Sarkozy führt, wird auf unserem Kontinent nur das passieren, was Washington will. (s. dazu auch [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP05810\\_260210.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP05810_260210.pdf) und [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP09310\\_070410.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP09310_070410.pdf) )*

*Wenn sich die Mehrheitsverhältnisse in der Bundesrepublik aber einmal grundlegend ändern sollten, könnte ein Europa unter deutscher Führung sehr viel weniger empfänglich für Weisungen aus Washington sein. Deshalb lässt der Autor offen, ob eine deutsche Führungsrolle in Europa aus US-Sicht zu begrüßen oder abzulehnen ist. Informationen über Michael Birnbaum sind nachzulesen unter [http://www.washingtonpost.com/michael-birnbaum/2011/03/02/ABftvmP\\_page.html](http://www.washingtonpost.com/michael-birnbaum/2011/03/02/ABftvmP_page.html) . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

## In Europe, new fears of German might

By Michael Birnbaum, October 23, 1:02 AM

BERLIN — For decades, Germany's role in Europe has been to supply the cash, not the leadership. With fresh memories of war, the continent was cautious about German domination — and so were the Germans themselves.

But the economic crisis has shaken Europe's postwar model, and Germany increasingly calls the shots. As countries struggle to pay their debts, only Chancellor Angela Merkel has enough money to haul them out of trouble. And the price Merkel is demanding — more control over how they run their economies — is setting off alarm bells in capitals across the continent.

In Athens, protesters dressed up as Nazis routinely prowl the streets, an allusion to the old model of an assertive Germany. In Poland, accusations that Germany has imperial ambitions became a campaign issue in the recent presidential election.

And although German leaders have sought in recent weeks to soothe others' fears in advance of high-level meetings in Brussels on Sunday and in coming days, the tone has sometimes sounded pugilistic.

"The question of who could accept a German model has been settled by the market," said a spokesman for German Finance Minister Wolfgang Schaeuble. "We are really only talking about the details and the extent of the measures, not about their nature."

At \$3 trillion in 2010, Germany's economy is now half again as large as those of its nearest rivals, Britain and France. Its banks are far less exposed to Greek debt than those in France, insulating it from the effects of a possible Greek default. It has thus far committed \$290 billion to a European bailout fund for Greece, Portugal, Ireland and anyone else who needs it — significantly more than any other nation in Europe.

Misgivings about a larger German role in Europe have been apparent inside the country, as well, with Merkel facing tough debates about the extent to which the country should commit its money to helping others. And the rest of Europe remains cautious about taking German medicine, needing the help but worried about the side effects.

"That's the predicament of leadership," said Joschka Fischer, a former foreign minister who has urged Merkel to do more to support the euro. "When Germany acts, there is the fear that Germany will dominate. If Germany doesn't act, it's the fear that Germany will withdraw from Europe."

### Drawn into the euro zone

For nearly a half-century after World War II, West Germany operated out of the limelight, content to be an industrial power while leaving the politics to France, which didn't have the same legacy of using force to get its way. If West Germany wanted something to happen on the continent, it whispered to its Gallic neighbor and let the proposal be presented jointly. Even the location of the rump state's capital, in sleepy Bonn near the border with Belgium, symbolized a European orientation.

But when the Berlin Wall fell in 1989, Germany, long split between rival Eastern and Western blocs, announced plans to reunite, raising fears that a powerful nation at the heart of Europe would once again tower over its weaker neighbors. As a condition of French consent to the reunification, French President Francois Mitterrand demanded a steep price: that Germany give up its cherished stable currency, the deutsche mark, and bind itself to a common currency, and by extension to the broader tapestry of Europe.

That worked for years. But time and circumstance are conspiring to put Germany in the driver's seat. Continental powers including France and Italy have faded in influence, while inside Germany the long caution about being assertive has mostly worn out. The German flag, long regarded with suspicion even inside Germany as a symbol of nationalistic pride, now flutters more and more across the country.

### **Pushed toward leadership**

Until now, Germany has occupied a middle ground — critics would say it has shirked leadership — in addressing the economic problems that have gripped Europe for the past two years. Amid crises in Greece, Ireland and Portugal, Germany has resisted picking up the bill, and it has not articulated a clear vision for how to avoid the problems in the future.

In the long run, though, experts say Merkel has little leeway to turn away from Europe, even though that course might be popular with some German voters. Germany makes its money by manufacturing high-quality products and industrial machinery that it then sells outside its borders, so its success depends on those around it. A recession in the rest of Europe would quickly hit it, too.

At the highest levels of the chancellery, there is a sense that now is the time for grand plans, and Merkel this month called for far-reaching changes intended to impose greater economic policy coordination among the 17 countries that share the euro. A change could take years to take effect, but a first step could come at the G-20 meeting of world leaders Nov. 3.

Germany “has been in a constant reactive role,” said Fredrik Erixon, head of the European Center for International Political Economy, a Brussels think tank. Now, though, it “is at a place where it can largely dictate what it wants to see in other countries, and they have to go along with it.”

If embraced by Merkel's fellow European leaders, the proposal probably will push the euro zone in a more German direction, a model that enforces low inflation, small deficits and strict curbs on borrowing. France appears likely to go along with this approach, at a time when its own dicey finances weaken its ability to push back.

Still, many economists — including those at the International Monetary Fund — question whether the German model is really the best way to dig out of a recession, given the country's outside reliance on exports. And the sense of a fait accompli is raising hackles around Europe. Slovakia recently held up a plan to bolster the bailout fund before it approved it under heavy pressure from Germany. Even longtime allies such as Austria are resisting.

“I can absolutely not accept” that Germany and France make decisions, then present them to the rest of the euro zone, Austrian Foreign Minister Michael Spindelegger told Austrian television last week. “There's no economic board or diktat. We have a euro zone with 17 countries.”

In Germany, the dissension is raising eyebrows.

“Everybody is calling for leadership,” said the country’s deputy foreign minister, Werner Hoyer, “but no one wants to be led.”

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**